

Landeskitaelternbeirat Brandenburg

c/o Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes
Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Pressemitteilung

Potsdam, 18.01.2026



Mehr Qualität – mehr Beitragsfreiheit in der frühkindlichen Bildung: zwei Seiten einer Medaille

Die frühkindliche Bildung ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Beitragsfreiheit, gute Personalausstattung und eine gesunde Verpflegung sind untrennbar miteinander verbunden. Dieses Positionspapier formuliert zentrale Handlungsfelder für die kommende Regierung mit Blick auf die Kindertagesbetreuung.

1. Ausbau der Beitragsfreiheit – insbesondere in Krippe, Kindertagespflege, Kita und Hort

Forderung:

Vollständige Beitragsfreiheit für alle Kinder in Krippe, Kindertagespflege, Kita und Hort.
Beitragsfreiheit stärkt Chancengerechtigkeit, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

2. Verbesserung der Personalschlüssel in Krippe, Kindertagespflege, Kita und Hort

Forderung:

Langfristige und verbindliche Verbesserung der Personalbemessung in allen Betreuungsformen, hin zu einer verbindlichen Erzieher-Kind-Relation unter Berücksichtigung von Ausfallzeiten wie Urlaub, Fortbildung und Krankheit der pädagogischen Fachkräfte.

3. Hort und Ganzttag – gleichrangige Berücksichtigung bei Qualität, Personal und Finanzierung

Forderung:

Bessere Personalausstattung und Räumlichkeiten zur qualitativ hochwertigen Ausgestaltung des Ganztags.

4. Mittagessen – soziale Teilhabe sichern

Forderung:

Ein gesundes, kostenfreies Mittagessen nach DGE-Standard muss für alle Kinder verlässlich zugänglich sein.

5. Sprachförderung – so früh wie möglich, verbindlich und landesweit einheitlich weiterentwickeln

Forderung:

Die bestehenden Verfahren zur Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung sollen so früh wie möglich im Bildungsweg der Kinder einsetzen, landesweit vereinheitlicht, verbindlich abgesichert und qualitativ weiterentwickelt werden.

6. Elternbeteiligung – wirksam und verbindlich verankern

Forderung:

Elternbeteiligung in der frühkindlichen Bildung muss über formale Beteiligungsmöglichkeiten hinaus wirksam und verbindlich ausgestaltet werden.

7. Entbürokratisierung und Digitalisierung – Zeit für Pädagogik schaffen

Forderung:

Festlegung einer klaren Landesstrategie zur Entbürokratisierung und Digitalisierung im Kitabereich.

Fazit

Ausbau der Beitragsfreiheit und mehr Qualität sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Wer Kindern gleiche Bildungschancen ermöglichen will, muss Kosten für Familien senken, Fachkräfte stärken und eine gesunde Verpflegung sicherstellen. Frühkindliche Bildung braucht eine verlässliche, deckende und zukunftsfähige Finanzierung. Frühkindliche Bildung ist dabei nicht nur eine soziale Aufgabe, sondern auch eine Investition in die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Brandenburg.

Steffen Rudolph

Für den Landeskitaelternbeirat Brandenburg

Ausführlichere Begründungen im Anhang

Begründungen:

Zu 1. Ausbau der Beitragsfreiheit – insbesondere in Krippe, Kindertagespflege, Kita und Hort

Bildung und Betreuung dürfen nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Krippe, Kindertagespflege und Hort stellen trotz aller Entlastungen der letzten Jahre immernoch für viele Familien eine erhebliche finanzielle Belastung dar.

Brandenburg kann als ein Leuchtturm für ein familienfreundliches Bundesland fungieren und für junge Fachkräfte attraktiv sein. Gerade im Vergleich mit Berlin kann durch die Beitragsfreiheit ein weiterer Anreiz für den Zuzug junger Familien und Fachkräfte gesetzt werden, die die Wirtschaft in Brandenburg händeringend benötigt. Das Berliner Modell sollte ausdrücklich als Referenz dienen.

Zu 2. Verbesserung der Personalschlüssel in Krippe, Kindertagespflege, Kita und Hort

Qualität in der frühkindlichen Bildung braucht Zeit, Beziehung, ausreichend und qualifizierte Fachkräfte. Wegen langer Betreuungszeiten, statistisch belegter zunehmender Anzahl der Kinder mit vermutetem Förderbedarf im Bereich der sozial-emotionalen Entwicklung und steigender Anforderungen, zum Beispiel in Verbindung mit dem „Bildungsplan - erweiterte Grundsätze elementarer Bildung“ von 2024, muss die Personalausstattung kontinuierlich erhöht werden. Die Einführung einer verbindlichen Erzieher-Kind-Relation ist aus Elternsicht Voraussetzung für verlässliche Betreuung, Qualität und Beziehungsarbeit, Inklusion, Kinderschutz sowie die nachhaltige Bindung von Fachkräften.

Zu 3. Hort und Ganzttag – gleichrangige Berücksichtigung bei Qualität, Personal und Finanzierung

Insbesondere der Hort wurde bei der Personalausstattung über mehrere Legislaturperioden vernachlässigt. Eine Doppelnutzung des Klassenraums als Hortraum erfüllt nicht den Anspruch auf eine kindgerechte Betreuung.

Zu 4. Mittagessen – soziale Teilhabe sichern

Das Mittagessen ist die wichtigste soziale Mahlzeit am Tag. Das Land Brandenburg muss die Kommunen finanziell dabei unterstützen ein gesundes, kostenfreies Mittagessen für alle Kinder, aller Betreuungsformen anzubieten, analog der Forderung des Landeselternrates Brandenburg.

Der Blick auf die Berliner Grundschulen zeigt, dass eine kostenfreie Verpflegung politisch möglich ist.

Zu 5. Sprachförderung – so früh wie möglich, verbindlich und landesweit einheitlich weiterentwickeln

Aus Elternsicht ist entscheidend, dass sprachliche Entwicklungsbedarfe bereits frühzeitig in der Kita-Zeit erkannt werden, um rechtzeitig und wirksam reagieren zu können. Eine zu späte Feststellung führt dazu, dass Fördermaßnahmen ihre Wirkung nur eingeschränkt entfalten können – insbesondere vor dem Hintergrund langer Wartezeiten auf weiterführende Förderangebote.

Der Koalitionsvertrag sollte daher eine frühzeitige, wiederholte und einheitliche Sprachstandsfeststellung vorsehen. Darauf aufbauend sollten verbindliche, kontinuierliche und qualitätsgesicherte Förderangebote sowie der gezielte Einsatz entsprechend qualifizierter pädagogischer Fachkräfte mit Schwerpunkt Sprachentwicklung in den Einrichtungen ausgebaut werden.

Sprachförderung darf nicht vom Engagement einzelner Eltern oder Einrichtungen abhängen, sondern muss strukturell abgesichert und für alle Kinder gleichermaßen zugänglich sein. Das entlastet letztendlich auch die Schulen.

Zu 6. Elternbeteiligung – wirksam und verbindlich verankern

Bestehende Gremien wie Kitaausschüsse, bilden eine wichtige Grundlage. Deren Mitwirkungsrechte reichen in der Praxis jedoch häufig nicht aus, um Eltern frühzeitig und substantiell einzubeziehen. Der Koalitionsvertrag sollte daher vorsehen, dass Elternvertretungen verbindlich in grundlegende konzeptionelle Fragen, in Prozesse der Qualitätsentwicklung, Ausgestaltung der Elternbeiträge und in wesentliche Weiterentwicklungen der Einrichtungen einbezogen werden.

Darüber hinaus sollte der Koalitionsvertrag vorsehen, dass Elternvertretungen auch auf kommunaler Ebene frühzeitig und ernsthaft in relevante Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Die verbindliche Verankerung kommunaler Elternbeiträge kann dazu beitragen, die Perspektiven der Elternschaft frühzeitig sichtbar zu machen und kommunale Entscheidungen transparenter und tragfähiger zu gestalten.

Ziel ist es, die Perspektive der Eltern als Ergänzung zur pädagogischen Fachlichkeit wirksam und verbindlich einzubringen, ohne die fachliche Verantwortung der pädagogischen Fachkräfte zu relativieren.

Zu 7. Entbürokratisierung und Digitalisierung – Zeit für Pädagogik schaffen

Damit die Pädagogischen Fachkräfte und Leitungen mehr Zeit für Bildungs- und Beziehungsarbeit haben, müssen digitale Lösungen etabliert werden, um administrative Prozesse zu vereinfachen, Mehrfachdokumentationen zu reduzieren und digitale Verwaltungsprozesse zu fördern.